

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

## Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Sechsgelbstene Korpuszelle 20 Pfg., außerhalb der Amtshauptmannschaft 25 Pfg., im amtlichen Teil (nur von Behörden) 70 bzw. 75 Pfg. — Eingekauft und Reklamen 70 Pfg.

Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Mark ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Leipzig 12548.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 255

Mittwoch den 5. November 1919

85. Jahrgang

### 2. Nachtrag

zur Verordnung vom 13. September 1919 (1680 VLAIV) über die Kartoffelförderung im Wirtschaftsjahr 1919/20 (Sächsische Staatszeitung vom 16. September 1919, Nr. 212).

Zu Punkt 1: Die auf die Zeit vom 2. November 1919 bis 14. Februar 1920 in Aussicht genommene Zulage von 2 Pfd. wöchentlich wird vorläufig nicht gewährt.

Zu Punkt 3, Abs. 6: Es haben infolgedessen zu gelten:

Erwachsene mit dem auf Abschnitt A bezogenen Ztr. bis zum 28. Januar 1920, B 24. April 1920, Kinder unter 4 Jahren mit dem auf Abschnitt A bezogenen Ztr. bis zum 6. März 1920, B 10. Juli 1920.

Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

### Holzufuhre.

Aus Art. 118 des Schmiedeberger Staatsforstreviers sind 157 rm Brennholz, so bald als möglich, nach hier anzufuhren. Schriftliche Fahrpreisangebote nimmt der Unterzeichnete bis 10. ds. Mts. entgegen.

Dippoldiswalde, November 1919.

Der städt. Forstinspektor, B. Siegel, Vorl.

### Zuckerarten Reihe 15, Magermilcharten und Einfuhrzulassarten für ausländische Nahrungsmittel

werden Mittwoch den 5. ds. Mts. vormittags von 9—12 Uhr im Rathhaussaal ausgegeben. Die Nahrungsmittelarten sind sofort bei einem Händler anzumelden. Dippoldiswalde, am 3. November 1919.

Der Stadtrat.

### Wahlen zur Bezirksversammlung.

Die Feststellung der Abstimmungsresultate sowie die Prüfung der Gültigkeit der abgegebenen Stimmzettel für die Wahlen zur Bezirksversammlung im 2. Wahlkreis findet Mittwoch den 5. November 1919 nachmittags 6 Uhr im Gasthof zu Großdölsa

in öffentlicher Sitzung statt.

Großdölsa, am 1. November 1919.

Der Wahlkommissar, Schönderr, Gemeindevorstand.

### Derliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde, im November. Als vor 50 Jahren Diakonus Nöhberg nach 36jähriger Tätigkeit an Schule und Kirche unserer Stadt in den Ruhestand trat, ernannten ihn die städtischen Kollegien zum Ehrenbürger.

Der Umstand, daß der Bezirk für die Wohlfahrtspflege eine Schwesternanstalt, hat hier und da die Meinung aufkommen lassen, daß die Gemeindefunktion aufhöre. Das ist ein Irrtum. Fräulein Hellriegel hat ihre segensbringende Tätigkeit nach wie vor aus. Wohlfahrtspflege und Gemeindefunktion haben verschiedene Betätigungsfelder. Sie machen einander nicht Konkurrenz, sondern werden sich in vielen Fällen nur gegenseitig ergänzen.

Die Wibelstunde soll in dieser Woche von Mittwoch auf Donnerstag 8 Uhr verlegt werden.

Auch in der Nacht zum heutigen Dienstag hat es bei etwa 2 Grad Ralte weiter geschneit und liegt der Schnee jetzt ungefähr 30 Zentimeter hoch.

Bekanntlich sind sämtliche Kartoffeln der Ernte 1919 vom Kommunalverband beschlagnahmt. Jede unerlaubte Ausfuhr von Kartoffeln aus seinem Bezirke ist verboten. Nur die auf Bundeskarten bezogenen Kartoffeln sind freizügig, mit der Beschränkung allerdings, daß ihr Verland nur auf Grund eines abgetroffenen Frachtfreies zulässig, und daß zur Bekämpfung des Schleichhandels auch der Verland mit Geckirren usw. einer Kontrolle unterworfen ist. Jeder, der Kartoffeln mit Geckirren befördert, tut daher gut, sich von der Ortsbehörde der Ausfuhrgemeinde einen Ausweis darüber ausstellen zu lassen, daß die mitgeführten Kartoffeln auf Bundeskartenschein rechtmäßig erworben sind oder aber auch auf besondere Ausweisung des Kommunalverbandes transportiert werden. Die Gendarmerie und Polizeibehörden des Bezirks sind angewiesen worden, den Verkehr mit Kartoffeln besonders zu überwachen. Sie sind beauftragt, jeden Kartoffeltransport anzuhalten und seine Herkunft festzustellen. Diejenigen, die den Transport nicht ausreichend begründen können, und dies wird am sichersten durch den vorgelegten Ausweis geschehen können, setzen sich leicht vermerkbare Unannehmlichkeiten und womöglich der Wegnahme der Kartoffeln aus.

Das steuerpflichtige Einkommen in unserer Stadt betrug in den Jahren 1917, 1918 und 1919 3000 000, 4 100 000 und 5 400 000 Mark, das Gemeindeeinkommensteuersoll 56 860, 76 700 und 109 200 Mark, das Schulanlagen-Soll 18 600, 30 100 und 72 000 Mark und das Kirchenanlagen-Soll 3900, 8100 und 10 800 M.

Wie die Bekanntmachung über die Einstellung des Personenzugverkehrs in der Zeit vom 5. bis 15. November besagt, werden davon nur die vollspurigen Bahnen im Fernverkehr betroffen. Sonach würde der Verkehr auf unserer Linie Hainsberg—Ripsdorf wochentags voll ausrecht erhalten werden. Nach uns zugegangener Mitteilung wird auch tatsächlich hier keine Einschränkung oder gar Einstellung des Verkehrs Platz greifen. Weiter hören wir noch folgendes: Im Bereich der sächsischen Staatsbahnen wird für die Zeit vom 5. bis 15. November der Personenverkehr nicht völlig eingestellt, sondern in allerdings ganz bedeutend beschränktem Maße weitergeführt. Der Sonntagverkehr aber bleibt eingestellt. Der Postverkehr wird mit Hilfe von Güterzügen und der in beschränktem Maße verkehrenden Personenzüge aufrechterhalten. Infolge des starken Eisenbahnverkehrs auf den sächsischen Staatsbahnen hofft man, 60—65 Prozent der Züge an Wochentagen aufrechterhalten zu können.

Zwei einwirkende einwirkende Verfügungen sind dem hiesigen Postamt zugegangen. Sie wurden uns mit-

geteilt und bringen wir Sie gern zur weiteren Kenntnis: 1. Um den auf den Eisenbahnen hängenden Postgüter Abfluß zu verschaffen, ist die Annahme von Paletten, ausgenommen Mehlkorn und Pressensendungen, sowie von Wertbriefen von sofort bis auf weiteres einzustellen. — 2. Wegen der infolge Einschränkung des Eisenbahnverkehrs zu erwartenden Anhäufung im Telegrammverkehr ist die Annahme von Gläubigern, Begrüßungs- sowie Telegrammen in nicht dringlichen Familienangelegenheiten u. dergl. sogleich einzustellen. Das hiesige Postamt muß also bis auf weiteres fast die gesamte Palettenannahme verweigern, auch wird der Telegrammverkehr eine ganz erhebliche Beschränkung erfahren.

Wegen hohem Schnee sind die Autofahrten nach Dresden bis auf weiteres wochentags eingestellt worden; Sonntags verkehren aber die Wagen.

Als feierzeit die vom Kommunalverband geleisteten Suppen, die auch in unserer Amtshauptmannschaft „Staub aufwirbelten“, in Rabenau Abnehmer nicht fanden, legte die Gemeinde den Pfundpreis auf 1 M. herab und übernahm den 952,18 M. betragenden Fehlbetrag. Jetzt ersuchte sie den Kommunalverband um Erstattung desselben. Der Bezirksausschuß Dresden-Land lehnte das Ersuchen jedoch ab.

Schmiedeberg. Bei der hiesigen Gemeinde-Verbands-Sparkasse wurden im Monat Oktober 1919 207 Einzahlungen im Betrage von 62 484 M. 32 Pf. geleistet, dagegen erfolgten 178 Rückzahlungen im Betrage von 49 394 M. 76 Pf.

Seifersdorf. Bei der hiesigen Gemeinde-Verbands-Sparkasse wurden im Monat Oktober ds. Js. 79 Einzahlungen im Betrage von 16 103 M. 70 Pf. gemacht, dagegen erfolgten 36 Rückzahlungen im Betrage von 20 693 M. 27 Pf.

Eine schmerzliche Trauerbotschaft wurde der hier wohnenden, angesehenen Schreiberschen Familie zuteil. Ihr Sohn, der als Hilfswachenwärter auf dem Bahnhof Dresden-Friedrichstadt angestellt war, war in der Nacht zum 2. Nov. beim Rangieren zwischen die Räder zweier Wagen gekommen und erdrückt worden. Der Familie wird allgemein herzlichste Teilnahme entgegengebracht.

Kreischa. Am 31. Oktober hielten die Verbände Kreischa und Lungwitz vom Wohlthätigkeitsverein „Sächs. Frischschule“ im Gasthof Auerwald eine gemeinsame Sitzung ab, in welcher Herr Schuldirektor Meißner—Kreischa über die neuen Satzungen und Geschäftsordnung berichtete und die Lage der Verbände unserer Zeit beleuchtete. Man kam überein, eine Warenlotterie mit Ausgabe von Gutschein zu veranstalten.

Tharandt. Das Corps „Hubertia“ an hiesiger Forstakademie begeht am 4. und 5. November sein 50jähriges Stiftungsfest.

Dresden. Der Streik der Angestellten im Dresdner Großhandel ist, wie wir bereits anlässlich, am Montag ausgebrochen. Sämtliche Betriebe des Großhandels, der Industrie, Expedition, Lager und des Fuhrwesens sind lahmgelegt. Expedition und Schifffahrt ruhen vollständig. Auch der Hafenbetrieb ist stillgelegt. Sogar die Kohlenzufuhr und die Lebensmittelversorgung sind arg bedroht. Am Montag nachmittags haben unter der Leitung des Geh. Regierungsrats Baal und des Syndikus Dr. Greier im Arbeitsministerium erneut Verhandlungen begonnen, von denen die Angestellten viel für ihre Forderungen erwarten.

Das sächsische Wirtschaftsministerium hatte die Handelskammern um Stellungnahme zu einem Antrage des Leipziger Stadtrats ersucht, worin die Festsetzung des Ladenschlusses auf nachmittags 6 Uhr angestrebt wird. — Die Handels-

kammern haben sich auf Grund angelegter Erörterungen gegen diesen Antrag ausgesprochen.

Aus dem Freistaat Sachsen liegen jetzt die Ergebnisse einer von der Zählstelle des sächsischen Lehrervereins durchgeführten Erhebung vor, die ein brüchliches Bild geben von den Wirkungen des Krieges auf den zahlenmäßigen Stand und die Zusammensetzung der Lehrerschaft. An den sächsischen Volksschulen waren im Jahre 1911 nach amtlichen Angaben 13 944 Lehrer und Lehrerinnen (außer den Fachlehrern und -lehrerinnen) beschäftigt. Ihre Zahl stieg bis zum 1. Juli 1912 auf 14 596 und beträgt jetzt, sieben Jahre später, 14 522. Der Krieg hat somit die Entwicklung vollständig zum Stillstand gebracht, und der Stand von 1912 ließ sich auch nur durch die größere Einstellung von Lehrerinnen und Vikaren aufrecht erhalten. Die Zahl der Vikare und Vikarinnen betrug 1911 nur 0,7 vom Hundert der gesamten Lehrerschaft, jetzt sind es 4,7 v. H. In derselben Zeit stieg der Anteil der Lehrerinnen von 4,8 auf 7,1 v. H. Dagegen weisen die Reihen der Festangestellten und der Hilfslehrer große Lücken auf. Als gefallen gemeldet wurden bisher 1870 Lehrer. Besonders betroffen wurden die jüngeren Jahrgänge, so daß zum Beispiel von der Zahl derer, die 1913 ins Amt eingetreten sind, jetzt nur noch 60 v. H. im Amt sind. Die Anzahl der Lehrer im Alter von 21—30 Jahren ging infolge der Kriegsverluste von 4870 auf 3394 zurück, das sind noch 25,2 v. H. der Lehrer gegen 36,7 v. H. vor dem Kriege.

Das Billnitzer Schloß als Gartenbauerschule. In der Donnerstag-Sitzung des Pressebeirates beim Landeslebensmittelamt teilte Geheimrat Prof. Dr. Falke vom Ministerium des Innern u. a. mit, daß das frühere königliche Schloß Billnitz zum Teil als Gartenbauerschule verwendet werden soll. Das dazu gehörige Kammergut wird als Beispielwirtschaft eingerichtet werden.

Aus dem Elbtale. Die sächsische Schweiz im Winterkleid, ein Anblick, der für den Reformationsstag etwas ganz Ungewöhnliches ist und seit langer Zeit gewiß nicht zu verzeichnen war.

Oberwiesenthal. Abermals ist die Natur im oberen Erzgebirge in glühendes Weiß gehüllt und Fichtel- und Kiefer ragen als echte Winterrielen hervor. Ski und Rodel sind seit Tagen in reger Tätigkeit. Selder sind hier und da Getreide und Kartoffeln noch unter der Schneedecke verborgen, deren Einbringung nun aufs schwerste gefährdet ist.

Marktweitzschen. Die städtischen Adressverzeichnisse haben nach längeren Verhandlungen beschlossen, die Betriebs- und Geschäftsführung des städtischen Gaswerkes vom 1. Oktober der Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig zu übertragen. Diese beabsichtigt, das Gaswerk zur Nebenlandzentrale auszubauen und von dieser aus auch die Umgebung, insbesondere auch Adorf und Bad Elster, mit Gas zu versorgen.

Glauchau. Die Zinsen aus vier Stiftungen, die der Verwaltung der hiesigen Weberinnung unterstehen und die insgesamt 13 000 M. betragen, wurden an 55 bedürftige Webermeister und 70 Witwen, die von der öffentlichen Unterstützung keinen Gebrauch machen, verteilt.

Kohleweim. Die städtischen Kollegien beschlossen Steuerfreiheit für alle Einwohner mit einem Jahreseinkommen bis zu 1100 Mark vom Jahre 1920 ab und die Gewährung einer Aufwandsentschädigung an unbefoldete Ratsmitglieder, Stadtverordnete und Mitglieder der gemischten Ausschüsse. Ratsmitglieder erhalten jährlich eine Pauschalsumme von 300 Mark, während für Stadtverordnete und Mitglieder der gemischten Ausschüsse ein Verdienstausfall von 2 M. pro Stunde gezahlt werden soll.

# Sur Inkraftsetzung des Vertrags

Deutsche Vertreter nach Paris verlangt.

Der Rat der Nationen beschäftigt sich in der letzten Sitzung unter Clemenceaus Vorsitz wiederum mit Maßnahmen um den Friedensvertrag von Versailles in Kraft zu setzen. In Anwesenheit von Marshall Hoops ist beschlossen worden, durch eine Note die deutsche Regierung aufzufordern, in kürzester Frist Vertreter nach Paris zu entsenden, die gemeinsam mit denen der alliierten Mächte und des interalliierten Generalkomitees die einzelnen Maßnahmen beraten sollen, die sofort nach Inkraftsetzen des Friedensvertrages von Versailles getroffen werden müssen, laut „Temps“ hauptsächlich wegen Räumung und Besetzung der abzutretenden Gebiete und der Tätigkeit der interalliierten Kommissionen; auch soll die deutsche Regierung vor Inkrafttreten des Friedensvertrages das bekannte Fugaz-Protokoll unterzeichnen, in dem sie erklärt, daß die noch nicht völlig erfüllten Waffenstillstandsbedingungen erfüllt werden müssen. Nach „Temps“ ist es unumgänglich, die Ratifizierungsurkunden am 11. November auszutauschen.

Wem Ansehen nach will man zuvor die Abstimmung in Washington abwarten, die nach Antrag der beiden Senatparteien am 10. bzw. 12. November stattfinden soll. Der plötzliche Entschluß, Vertreter der deutschen Regierung zu mündlichen Verhandlungen einzuladen, berechtigt allerdings auch zu der Annahme, daß man in Paris der Entscheidung in Washington vorzuziehen will. Es wäre der schlimmste Fehler, den wir begehen können, wenn wir uns auf irgendwelche Verhandlungen einlassen würden, bevor es feststeht, ob Amerika den Vertrag, wie er ist, annimmt oder nicht. — Wie „Echo de Paris“ feststellt, hat Wilson bis jetzt auf das Telegramm der Friedenskonferenz, in dem er aufgefordert wurde, den Rat des Völkerbundes schleunigst nach Paris zusammenzubringen, noch keine Antwort erteilt.

## Erfolg für Scapa Flow.

Die „Temps“ meldet, daß der Rat der Nationen durch die Vernichtung der Schiffe in Scapa Flow größten Schaden eine gewisse Anzahl U-Boote, Kriegsschiffe, Schwimmböden, Kräne und anderer zum Material der Flotte gehöriger Gegenstände zu veranlassen. Nach einigen Abendblättern will man gegen 400 000 Tonnen Schiffsraum als Erfolg beanspruchen.

Die Forderung eines Erfolges für die in Scapa Flow zerstörten Schiffe ist in keiner Weise begründet. Es wäre unverständlich, wenn die deutsche Regierung darauf anders als mit einer runden Ablehnung antworten würde. Die Schiffe befanden sich unter englischer Aufsicht, sie waren an England übergeben, und es hing nur von der englischen Regierung ab die deutschen Mannschaften auf ihnen zu belassen oder heimzuführen. Die Unterwerfung der Flotten, die von uns gewünscht und erwartet wurde, und deren Folgen fallen zu Lasten Englands. Wenn Frankreich wegen der Zerstörung der Schiffe in Scapa Flow Ansprüche erheben will, kann es sie nur an England richten.

## Die Sperrung des Verkehrs.

Der Beschluß des Kabinetts auf Verkehrsbeschränkung vom 6. bis 15. November ist trotz seiner einschneidenden Art als gänzlich unabänderlich zu betrachten. Die Beförderung der Post ist in der Weise geregelt, daß besondere Postzüge sowie Güter- und Eilgüterzüge abgelassen werden. Gewisse Beförderungen werden sich natürlich nicht vermeiden lassen. Im gesamten besetzten Gebiet wurde am 1. November der Personen- und Schnellzugverkehr eingestellt. Fernzüge nach Saarbrücken, Metz, Trier und Köln fallen aus. Die Franzosen haben nur darauf bestanden, daß die direkte Verbindung Frankfurt-Paris keine Unterbrechung erfährt.

## Politische Rundschau.

Reichskanzler Bauer wird im Laufe der nächsten Tage eine Reise nach dem Schleswig-Holstein-Gebiet antreten. Der Kanzler will Schleswig, Flensburg, gegebenenfalls auch Lønderup besuchen.

Das Reichsministerium des Innern beabsichtigt in das freizubehaltende Generalkommissariat abzurufen. Man hofft, dort auch dem Reichsrat ein bleibendes Heim für seine Sitzungen schaffen zu können.

Oberst Pinand, dessen Abberufung vor kurzem gemeldet werden konnte, wird Wiesbaden nicht verlassen. Er hat dort eine Villa käuflich erworben. Wie es heißt, soll er seinen Posten in einer Ententekommission erhalten, die in Wiesbaden ihren Sitz haben wird.

Die alliierten Kommissionen in Berlin haben sich gegen eine weitere Wiederrückführung der Ostsee-Blockade ausgesprochen.

Die amerikanischen Behörden haben in Koblenz eine Durchsuchung verschiedener Häuser, in denen Schieber zu verkehren pflegten, veranlaßt und dabei über 20 Schieber festgenommen.

Das Befinden des Abg. Hugo Haase hat sich erheblich verschlechtert. Es muß nach dem letzten ärztlichen Befund ernstlich für sein Leben gefürchtet werden.

Der Fahrbetrieb Warnemünde-Gleditz ist von der Entente auf Vorstellungen der deutschen Regierung freigegeben worden. Ebenso ist künftig der Dampferverkehr Deutschland-Dänemark gestattet, wenn die deutschen Schiffe Freigeleitzbriefe von der Ratifizierungskommission erhalten haben.

Wegen des Zusammenstoßes zwischen litauischen und deutschen Truppen bei Smalajici, wobei sechs reichsdeutsche Soldaten von litauischen Truppen getötet worden sind, sind bei der litauischen Regierung Vorstellungen erhoben und ein energisches Einschreiten gegen die Schuldigen und eine gründliche Klärung des Sachverhalts gefordert worden.

Das Verfahren in Gnabensachen ist vom Justizminister neu geregelt worden.

Der Kölner Erzbischof Kardinal Hartmann ist seit einigen Tagen an Gichtschmerz erkrankt und infolge Verschlimmerung im Bettenden am Michaelistage mit den Sterbesakramenten versehen worden.

Die 47. Plenarversammlung des Deutschen Handelskammerbundes, welche auf den 5. und 6. November nach Berlin einberufen war, hat infolge Einstellung des Personenverkehrs vertagt werden müssen.

— Eduard Bernstein und Prof. Bonn sind zu den Verhandlungen der von Lord Balfour berufenen Konferenz zur Beratung von Maßnahmen gegen die Hungersnot nach London abgereist.

— In Berlin hat sich eine Deutsche Freiheitspartei gebildet. Die neue Partei soll in der Hauptsache den auf nationalem Boden stehenden Mittelstand einschließlich des Teiles der Arbeiterschaft vereinen, der sich vom internationalen Sozialismus losgesagt hat.

— Fortdauer der französischen Militärbesatzung im Rheinland. In einer Unterredung mit einem Berichtserstatter des „Petit Parisien“ erklärte der Oberkommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Tirard, er sei nicht der Ansicht, daß mit Inkrafttreten des Friedensvertrages die gesamte Verwaltung des besetzten Gebietes in die Hände der deutschen Verwaltung übergehe. Bis zum Tage der Ratifizierung habe bei jedem Landrat ein Offizier die Verwaltungsmassnahmen der deutschen Beamten überwacht, die mit vollem Recht für verdächtig gehalten hätten, weil sie nicht nur Deutsche, sondern Preußen oder Bayern gewesen seien, das heißt fremd im Rheinland und ergebene Diener des Zentralorganismus von Berlin oder München. Er stellte sich deshalb die Frage, ob mit Inkrafttreten des Friedensvertrages die französischen Kontrollorgane verschwinden sollten. Solange die Besetzten dieser Länder durch fremde Beamte geleitet würden, sei es unumgänglich, daß Frankreich sich um diese Politik nicht kümmern, die einen ausgesprochenen preussischen Charakter trage und die sicher alle Mittel anwenden werde, der Okkupation entgegenzuarbeiten und die Gefahr der alliierten Armee in Gefahr zu bringen. (!) Die Wirkung von Offizieren sei ihm lieber als die von Zivilbeamten. Auch die wirtschaftlichen Sektionen, die französische Offiziere geleitet hätten, sollen beibehalten bleiben. Die Offiziere würden die französischen nationalen Interessen auf Grund ihrer Sachkenntnis, verstärkt durch das Prestige des Soldaten, erfüllen können.

— Wiesbaden protestiert. Ueber die, wie es heißt, von Marshall Hoops verfügte Absetzung und Ausweisung des Oberbürgermeisters Glasfing ist eine amtliche Bestätigung bis Sonntag nicht eingegangen. Der Magistrat und die Führer aller politischen Parteien haben aber in gemeinsamer Sitzung bereits beschlossen, gegen die Maßregelung zu protestieren, sobald die Verfügung des Oberbürgermeisters zugestellt wird.

— Vorzeitige Befreiung Flensburgs? Sonntag sind in Flensburg zwei englische Offiziere eingetroffen und haben erklärt, sie sollten Quartier suchen für die englische Besatzung. Diese werde von Köln kommen und Donnerstag eintrifft. Es würde ihnen bedeuten, daß die Besatzung vor der Ratifizierung stattfinden könne und daß in den Kasernen die Reichswehrtropper liegen.

— Die freiwillige Filmzensur begonnen. Die von der Vereinigung deutscher Filmfabrikanten eingerichtete Film-Prüfungskommission der deutschen Filmindustrie hat ihre Tätigkeit begonnen. Zum Vorsitz ist Herr Gantner, Vizepräsident beim Reichsgericht, ernannt. Die Prüfung erstreckt sich nicht nur auf Filme, sondern auch auf das gesamte Reklamematerial. Die Vorbeugungsmaßnahmen kommen reichlich spät und werden die vom Reich geplante gesetzliche Zensur nicht mehr aufhalten können.

— Sozialdemokratische Wahlniederlage in Hesse-Nassau. Nach dem Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in Wiesbaden, wo die vereinigten Bürgerlichen die Mehrheit der Stimmzettel erhielten, liegen nun auch die meisten Ergebnisse aus den ländlichen Bezirken des besetzten Hesse-Nassau vor. Ein Ueberblick lehrt, daß die Sozialdemokraten nur an ganz wenigen Stellen dort etwas zu erreichen vermochten, was infolge der unmittelbaren Nachbarschaft von großen Städten, wie Wiesbaden, oder höchst, ein entsprechender Einschlag der Wählerkraft gegeben war. Es steht in der Mehrzahl der Wahlergebnisse den sozialistischen Mandatären eine starke bürgerliche Mehrheit gegenüber, vielfach im Verhältnis von drei zu eins oder sogar vier oder fünf zu eins.

— Die sozialistischen Revolutionäre in München erlaubt. Nach einer amtlichen Mitteilung der Korrespondenz Hoffmann hat das Münchener Reichswehrgruppenkommando im Einverständnis mit dem Ministerium die Bekannmachung über Revolutionäre erlassen und verfügt: 1. Der Abschluß der Parteien hat am 9. November oder an anderen Tagen spätestens bis Eintritt der gesetzlich eintretenden Vollzeitsstunde zu erfolgen. 2. An dem schon bisher bestehenden Verbote von Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationen wird nichts geändert. 3. Die Versammlungsgenehmigungen sind von den beauftragten Militärstellen einzuholen. Ursprünglich hatte das Reichswehrgruppenkommando alle Revolutionäre in München verboten. Auf den Einspruch der Sozialdemokraten hin hat sich dann der Ministerium zu einem Eingreifen veranlaßt gesehen und dieses Kompromiß geschlossen. — Von der sozialdemokratischen Partei Hamburgs werden für den 9. beziehungsweise teilweise für den 8. November abends nicht weniger als 22 große Festversammlungen in den größten Sälen angekündigt. — In Berlin hat das Oberkommando für den 9. November die den Jahrestag der Revolution die Anmeldepflicht für alle Versammlungen aufgehoben. Versammlungen unter freiem Himmel im Innern der Stadt werden aus Gründen der Sicherheit nicht genehmigt. Für den 7. November, der von den Gewerkschaften der Moskauer Sowjetregierung als besonderer Weltfeiertag in Anspruch genommen zu werden scheint, besteht die Anmeldepflicht der Versammlungen in vollem Umfang und ebenso bleiben alle Verordnungen, die infolge des Belagerungszustandes erlassen worden sind, voll in Kraft.

## Die Folgen des Kohlenmangels.

Das städtische Elektrizitätswerk in Karlsruhe mußte infolge Ausbleibens jeglicher Kohlenzufuhr den Betrieb einstellen. Die gesamten Straßenbahnen der Stadt stellen ihren Betrieb Tag und Nacht ein. Nur die lebenswichtigen Betriebe sollen mit Strom versorgt werden, alle anderen Fabriken werden stillgelegt. Die Leitungen erhalten nur so viel Strom, daß sie einmal am Tage erscheinen können.

— Der Oberste Verwalter des Saargebietes hat angeordnet, daß die Kohlenausfuhr aus dem Saargebiet nach Deutschland, den neutralen und den alliierten Ländern vorläufig eingestellt werde. Die Zufuhr aus dem Saargebiet nach Frankreich soll vermehrt werden. Die Vereinigten Staaten haben mit Rücksicht auf den Bergarbeiterstreik jede Kohlenausfuhr untersagt.

## Proteste gegen die Einstellung des Eisenbahnverkehrs.

Gegen die angeordnete Einstellung des Eisenbahnverkehrs sind, wie der „Vol.-Anz.“ erfährt, von einzelnen Bundesstaaten starke Proteste erhoben worden. Zwar ist schon in Sachsen und anderen Bundesstaaten der Personenverkehr mehr oder weniger lahmgelegt. Aber man meint in diesen Kreisen, daß weder die Reichsregierung noch auch das Reichsverkehrsministerium gesetzlich dazu befugt seien, eine derartige, die ganze Reichsbevölkerung treffende Maßnahme anzuordnen, denn der Reichsverkehrsminister kann als solcher erst vom 1. April 1921 ab mit öffentlich geltender Kraft in Tätigkeit treten. Das Reichsverkehrsministerium hätte also rechtmäßig den einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen nur in dringender Form die Einstellung des Eisenbahnverkehrs nahelegen können, aber nicht eine Verfügung treffen dürfen, die verfassungsgemäß ungültig ist.

## Straßenbahnverkehr im westlichen Industriegebiet.

Der Straßenbahnverkehr im Industriegebiet nimmt immer größere Ausdehnung an. Nachdem die Angelegenheiten der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn sich dem Streik angegeschlossen haben, streiken jetzt auch die Essener Straßenbahnen. Im Duisburger Revier ruht der Straßenbahnverkehr schon seit einigen Tagen.

## Ein Millionenraub in Stockholm.

In Stockholm ereignet ein Verbrechen mit schwebend politischem Einschlag größtes Aufsehen. Die Regierung Judentisch hatte bei der Zentraldruckerei in Stockholm für 200 Millionen Rubel Noten bestellt, die jetzt nach Rußland verschifft werden sollten. Ein großer Teil der Noten ist jetzt im Stockholmer Hafen verschwinden, nämlich die Noten mit den Nummern 768 001 aufwärts. Bei dem gegenwärtigen Geldbedarf ist der Verlust der Noten besonders empfindlich.

## Volkschwedische Schiffe zur See.

Aus Stockholm wird gemeldet: Eine halbamtliche Note meldet den Auslieferungserfolg bolschewistischer Streitkräfte in der Bucht von Kaporskaja, der jedoch von englischen und estnischen Kriegsschiffen vereitelt wurde. Drei bolschewistische Schiffe wurden versenkt.

## Die Wolga-Bauern für die Bolschewisten.

Aus Moskau wird gemeldet: Die reichen Bauern des Wolga-Gebietes werden mehr und mehr begeistert Anhänger der Sowjet-Macht. Der Kongreß der Bezirkskomitees von Wuzulok brachte in einer Entscheidung zum Ausdruck, daß einzig und allein die politische Macht der Bolschewisten den Arbeitern die Erfüllung ihrer Wünsche bringen kann. Der Kongreß spricht den Entschluß aus, gegen jede, auch nur die geringste reaktionäre Kundgebung unbarmherzig vorzugehen.

## Die Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Die amtliche Mitteilung über die Eröffnung der Arbeiterkonferenz besagt, daß die Konferenz das Büro zusammenstellte. Der innere Ausschuss setzt sich aus 12 Mitgliedern, Vertretern der verschiedenen Staaten zusammen. Ein Sitz wurde für einen Deutschen offen gehalten.

## Eine Niesenschiebung in Hamburg.

Eine Niesenschiebung ist in Hamburg aufgedeckt worden. Es lagen in verschiedenen Kühlhäusern für etwa 180 Millionen Mark Fleisch, Butter und sonstige Fette. Von diesen Waren sind für 4-6 Millionen Mark bereits verschoben worden, für etwa 20 Millionen Mark befinden sich noch unterwegs, um verschoben zu werden. Man ist bemüht, diese Sendungen anzuhalten und zu beschlagnahmen. Diese Niesenschiebung hat großes Aufsehen erregt, sie soll große Kreise zittern lassen, da an ihr eine ganze Reihe angelegener Verbrechen verknüpft sein sollen. Ein bekannter Schlächtermörder und ein Abteilungsleiter des Hamburger Kriegsverbrechungsgerichtes sind unter Verdacht der Beteiligung verhaftet worden.

## Eisenbahnwagen im Besitz der Schieber.

und der mit jenen verbündeten Bahnarbeiter und Beamten ist ungeheuer groß. Man rechnet damit, daß rund 10 Prozent der Güterwagen nicht voll ausgenutzt werden können, weil sie ohne Kenntnis der Bahnhöfe hin und her geschoben werden und oft wochenlang auf verstaubten Plätzen stehen bleiben, wenn es das Interesse der „Welter“ erfordert.

## Die Kartoffel- und Kohlennot.

Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, noch vor Eintritt des Frostes die notwendige Anzahl von Eisenbahnwagen für den Kartoffeltransport zusammenzubringen. Wenn bisher eine stärkere Versorgung der Städte mit Kartoffeln noch nicht erfolgte, so liegt daran, daß die Anforderungen von Wagen in den Produktionsgebieten in diesem Jahre eine wesentlich kleinere ist, als im Vorjahre. Im Vorjahre sind in dieser Zeit durchschnittlich 8000 bis 10 000 Wagen täglich für Kartoffeltransporte gestellt worden, wogegen in diesem Jahre die Zahl der Kartoffeltransportwagen zwischen 6000 und 7000 schwankte. Bezüglich der Kohlentransporte liegen die Dinge so, daß die schlechte Abbeförderung in erster Linie auf das völlige Versagen des Wasserstraßenverkehrs zurückzuführen ist, der durch den schlechten Wasserstand außerordentlich beeinträchtigt wurde, so daß die erwarteten Leistungen bei weitem nicht erfüllt worden sind.

## Freigeleitzbriefe für alle Offschiffen.

Nach einer Mitteilung der interalliierten Marinekommission werden Freigeleitzbriefe nunmehr außer für dänische auch für die übrigen Offschiffen auf Antrag bewilligt werden, sofern die Schiffe sich nicht mit militärischen Operationen befassen.

## Englische Schiffverträge in der Ostsee.

In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 29. Oktober teilte der Erste Lord der Admiralität mit, daß seit dem Waffenstillstand im Ostlichen Teil der Ostsee 10 englische Schiffe, nämlich zwei leichte Kreuzer,

der, zwei Torpedobootzerstörer, ein U-Boot, drei Küstenmotorboote und zwei Minensucher zerstört oder beschädigt worden sind.

**Zurücktreten des Friedensvertrages am 11. November?**

Auf eine Anfrage Lord Robert Cecil hat Harmsworth im englischen Unterhause mitgeteilt, man hoffe, daß der Friedensvertrag von Versailles am 11. November, dem Jahrestage des Waffenstillstandes, in Wirksamkeit treten könne.

Aus Washington wird berichtet: Die Chiefs der republikanischen Opposition erklärten jedem, der es hören wolle, daß der Friedensvertrag von Versailles in der letzten Form nicht ratifiziert werde. Der Kongreß kommt erst Mitte Dezember zur endgültigen Abstimmung.

Verfallener Pressestimmen sprechen von einem Bankrott, der den Arbeiten der Friedenskonferenz drohe. Dieser sei in der Hauptsache auf den amerikanischen Gesamtzurückzuführen. Inzwischen wächst in Frankreich die Stimmung für ein verstärktes militärisches Aufreten gegen Deutschland. Doch hat die militärische Macht und ist gewillt, beim ersten besten Anlaß Deutschland fähig zu lassen und nach Frankfurt oder ins Ruhrkohlengebiet vorzuziehen.

**Legie Mahnung ins Baltikum.**

Die Reichsregierung hat an die Truppen im Baltikum, welche sich weigern, dem Befehle der Rückkehr Folge zu leisten, eine letzte Mahnung gesandt. Jeder, der nicht am 11. November die deutsche Grenze überschritten hat, wird als feindlich und seiner deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt. Das bedeutet, daß jeder, der die Rückkehr verweigert, seiner sämtlichen Versorgungsansprüche in Deutschland verlustig geht. Er bekommt weder militärische Bezüge irgendwelcher Art, noch Invaliden-, noch Altersrente und er hat keine Ansprüche auf Unterstützung, wenn er verwundet oder krank wird. Wenn er nach Deutschland zurückkehren will, gilt er als Landfremder und wird wegen Fahnenflucht bestraft. Im Auslande ist er den Maßnahmen der fremden Regierung preisgegeben, ohne daß eine Regierung sich seiner annimmt. Auch seine jetzige oder zukünftige Frau und Kinder sind keine Deutschen mehr oder werden es nicht; auch sie verlieren den Anspruch auf irgendeine Fürsorge von deutscher Seite. Die Regierung erklärt den Ungehorsamen, daß ihrer trübe Aussichten harren. Der Augenblick ist näher als sie glauben, wo sie in dem schweren nordischen Winter ohne Zufahren an Munition ohne Verbandszeug der Wut der erbitterten Völker jener Länder hilflos ausgelegt sein werden. Noch einmal, ehe das Schlimmste kommt: Heraus aus dem Baltikum! Zurück in die Heimat!

**Gegen die Werber.**

Jede Unterstützung der im Baltikum befindlichen Regierungen und Truppen, insbesondere durch Anwerbung, Lieferung von Material, Waffen und Lebensmitteln, sowie durch Propaganda ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Es ist eine besondere Polizeitruppe geschaffen worden, deren Aufgabe es ist, Werber dingfest zu machen und Verbotsbureaus aufzuleben. In den letzten Tagen sind mehrere Verbotstafeln geschlossen und ihre Leister verhaftet worden. So wurde eine sehr große Penitente am Kurfürstendamm, in der 20 Personen beschäftigt waren und in der auch viel Material lagerte, ausgehoben. Auch der Detachementführer Hauptmann Aule, der sich in Potsdam aufhielt, ist verhaftet. Es wurden bei ihm befindliche Dokumente gefunden.

**Faste Gerichte über das Saargebiet.**

Von zuverlässiger Seite sind der deutschen Regierung Nachrichten zugegangen, daß im Saargebiet Gerichte verordnet werden, wonach die deutsche Regierung an die französische mit dem Anerbieten herantreten sei, das Saargebiet schon jetzt gegen Ueberlassung entsprechenden Kolonialbesitzes endgültig an Frankreich abzutreten. Die Regierung erklärt, daß selbstverständlich an dieser schamlosen Behauptung kein wahres Wort ist. Deutschland vergrößert das Saargebiet nicht!

**Rückkehr der Schleswiger Lehrer aus Kopenhagen.**

Der weitere Ausschub der endgültigen Reorganisation und damit auch der Abstimmung in Nordschleswig hat die widerspenstigen Lehrer, die nach der Aufhebung des Kulturministeriums nicht aus Kopenhagen zurückkehren wollten, zum Nachgeben veranlaßt. Wie ein dänisches Blatt meldet, ist der für die Lehrer einrichtete Kursus in Kopenhagen abgebrochen worden. Die Lehrer werden nach Nordschleswig zurückreisen und ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Auch der neue, bereits geplante Kursus von drei Monaten ist vorläufig abge sagt worden. Es ist anzunehmen, daß die Aussicht auf ein Einverständnis zwischen den Vorbesten Schutzbehörden den Lehrern gedroht haben, zu dementsprechend einwillig beigetragen hat.

**Denkschrift über den vorkrieglichen Wohlstand.**

Das Reich hat unter dem 27. Oktober, daß die Armeedienstleistungen des Friedenskriegs ein Erfolg über sieben bolschevistische Divisionen davongetragen und dabei ungefähr 8000 Gefangene gemacht hat. Sie erbeutete zahlreiche Kanonen. Auf dem linken Flügel wurden die Bolschewisten von Wetzura geschlagen. Im Zentrum hat die Armeedienstleistungen auf der Seite Pransl, die Offensive ergriffen. Pransl, der letzte Stützpunkt vor Wostan, ist geräumt.

**Der amerikanische Bergarbeiterstreik.**

Nach einer Meldung der „Evening News“ aus New York ist der Bergarbeiterstreik ausgebrochen. 500 000 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Der Streik ist aber nicht allgemein. — Nach einer weiteren Meldung aus New York vom 1. November schämen die Arbeiterführer die Zahl der am Streik beteiligten Bergarbeiter auf 377 000 Mann. Das Repräsentantenhaus hat mit überwältigender Mehrheit die Entschließung des Senats angenommen, in der der Kongreß sich verpflichtet, die Regierung bei ihrem Vorgehen in der gegenwärtigen industriellen Krisis zu unterstützen. Wie das Reuterische Bureau aus Louisville meldet, wurde dort ein Bataillon von Veteranen aufgestellt, das dem Befehl erliebt, sich nach den Kohlenfeldern von Westvirginia zu begeben. Der Verwaltung der Brennstoffe, Garfield, hat angeordnet, daß das Kohlenverteilungssystem, das während des

krieges in Kraft war, von neuem in Wirksamkeit trete. Für die Ausfuhr dürfte keine Kohle zur Verfügung sein.

**Rundschau im Auslande.**

Die deutsche Polizei hat ungefähr 20 deutsche Spionagen verhaftet, denen es gelungen war, die Grenze ohne Weisepass zu überschreiten.

Die Verteidigung Verduns im Jahre 1916 kostete den Franzosen mehr Blut als der Angriff der Deutschen. Die Franzosen verloren insgesamt 800 000 Mann, die Deutschen 700 000.

Bilson hat am 1. November das Krankenbett verlassen und das belgische Königs Paar kurz begrüßt.

Einer Nachricht aus New York zufolge hat die nordamerikanische Regierung beschlossen, ihre Delegationen an der Pariser Konferenz zurückzuziehen, um die Verhandlungen über die noch nicht gelösten politischen Fragen, darunter die Staatstfrage, in Washington fortzusetzen.

König Albert von Belgien hat sich in Amerika auf dem „George Washington“ eingeschifft, um nach Belgien zurückzukehren.

Die finnische Regierung steht nach skandinavischen Nachrichten unmittelbar vor einem militärischen Eingreifen gegen die russische Sowjetregierung.

Der Oberste Rat wird die bulgarischen Gegenbeschläge fast ausnahmslos ablehnen. Auch bezüglich der Forderung soll den Forderungen Bulgariens nicht entsprochen werden.

Unter englischem Vorhild haben zwischen der estnischen und der lettischen Regierung Verhandlungen stattgefunden, die zu einem Vertrag über gegenseitige Hilfeleistung führten.

Prinzessin Elisabeth von Rumänien hat sich in Lugano mit dem Prinzen Georg von Griechenland verlobt.

Amerikanische Banken sollen einen Vorschuh von 250 Millionen Dollars bewilligt haben.

**Deutscher Einmonatlicher Wuttserversuch in Wien.**

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag machte Fritz Adler Enthüllungen über Vorbereitungen zu einem angeblichen monarchischen Wuttserversuch in Wien und machte zum Zwecke dieser Mitteilungen aber ein geheimes Dokument, was der Wuttserversuch durch einen Zufall in die Hände fiel. Der von Offizieren ausgearbeitete Plan sieht die Enttarnung der gesamten Wuttserversuch vor. Auch die Wachen und die Staatsgarnisonen sollten interniert werden. Als Lösung wurde das Wort „Welt“, als Schlüssel das Wort „Sonne“ bezeichnet. In der geheimen Korrespondenz wurden die Wuttserversuch mit „Häcker“ und die Wuttserversucher mit „Saprika“ bezeichnet. Fritz Adler sagte: Die Gefahr ist für den Augenblick vorüber, weil der Plan verraten ist. Die Situation wird sich im Laufe des bevorstehenden Winters noch verschärfen. Man wird versuchen, die Arbeitslosen gegen die Republik im Dienst der Reaktion zu bewegen. Wir können daher nicht genug Vorsicht an den Tag legen.

**Rußland: Vereitelte bolschewistischer Tatabdruck.**

Am der Front der Nordwestarmee haben sich neuerdings heftige Kämpfe entzündet. Die Bolschewisten greifen dauernd heftig an. Gegen Kazanla Gorka unternahm die englische Flotte mit Hilfe von Hülfern erneute Angriffe. Das britische Kriegsschiff teilt mit, daß eine starke rote Truppenabteilung in die Gänge zwischen der Nordwestarmee und der estnischen Armee südwestlich von Kohna eingedrungen ist. Ein Gegenangriff unter General Prikim hielt die Lage wieder her. Somit die durch die Wuttserversuch hindernde bolschewistische Kolonne ab, vernichtete sie und machte 1500 Gefangene. Pirikim rückt jetzt nach Kasanla vor. Die Meldung, daß Judenitich Gorka geräumt hat, stellt sich als unrichtig heraus. In Helfingfors ist jetzt General Mangin angekommen, angeblich, um die Leitung der dortigen Entente-Kommission zu übernehmen. Der wahre Grund dürfte wohl der sein, daß er in Finnland zur Teilnahme an dem gemeinsamen Angriff gegen Russland bewegen soll. Die englische Flotte in der Ostsee ist in den letzten Tagen erheblich verstärkt worden und man steht darin einen weiteren Beweis nicht nur für den bevorstehenden Angriff, sondern auch für die ausfallende Rolle, die England bei dem Unternehmen weiter zu spielen gedenkt.

**Franzosen: Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.**

Der französische Arbeitsminister Clavelle beendet seinen eine Besichtigung in den verheereten Gebieten. Nach „Zeit Parisien“ stellte er fest, daß beträchtliche Anstrengungen für die Wiederaufbauarbeiten des Reges der Nordsee gemacht worden sind. Am 1. November 1919 sind die Unten in ihrem ganzen Umfang wieder hergestellt, auf allen Bahnhöfen ist der Dienst wieder aufgenommen und 40 Prozent der Arbeiten für Instandhaltung der Depots durchgeführt worden. Von 48 000 Kilometern zerstörter Straßen sind 12 000, von 31 73 wieder zu erbauenden Brücken sind seit dem Waffenstillstand 873 Holzbrücken und 1117 Eisenbrücken, davon 1120 sehr groß, wieder hergestellt worden. Eine halbamtliche französische Note hebt hervor, daß die Einfuhr aus Deutschland von einem bestimmten Ermächtigung durch das Ministerium für den wirtschaftlichen Wiederaufbau abhängig sei. Aus dem besetzten rheinischen Gebiet dürfen nur Holz, Salz, Zement, Eisen, Stahl, Backmeine und Glassteine einer Einfuhr-Ermächtigung. Außerdem seien Briefe und Telegramme gestattet und die Wiederaufnahme der geschäftlichen Verbindungen mit dem Feind gestattet.

**England: Die Lösung der irischen Frage.**

Für Irland sagt die Entscheidung die das Domesdaygesetz von 1914 — das unmittelbar nach Kriegsausbruch angenommen wurde — in Kraft treten, ein Gesetz, das niemand befehtigt: die Irren nicht, weil es die Befugnisse des Parlaments von Dublin zu sehr einschränkt, und die Irrenmänner nicht, weil es unter die Herrschaft von Dublin bringt. Die Regierung will jetzt eine neue Vorlage einbringen, die Irren von Domesday ausnimmt, aber die Rechte des irischen Parlaments einwillern soll. Die Befugnisse des irischen Parlaments werden, sobald es die Befugnisse gestattet, dieselben sein, wie die der Parlamente der Dominions. Die irischen Sinnversteher, die die vollständige Selbstständigkeit Irlands auf gewalttätiger Weise erreichen wollen, haben in den letzten Tagen verschiedene Ueberfälle ausgeführt. Eine Schar Bewaffneter, die in einem Automobil herbeigeleitet waren, griff die Polizeikation von Blumulla in der Grafschaft Meath (Irland) an. Einer der Beamten, welche die Station verließ, wurde getötet. Auch die Polizeikation von Ballinamore wurde in derselben Nacht überfallen, wobei ebenfalls ein Polizeibeamter erschossen wurde. Die Angreifer sind in beiden Fällen entkommen.

**Rußland: Eine Aenderung der Entente-Politik im Osten?**

Die Ernennung des französischen Generals Nessel zum Leiter der militärischen Entente-Kommission in Finnland und die damit verbundene Unterstellung der englischen Mission unter dem französischen Chef ist auf Meinungswechselungen Englands und Frankreichs in der baltischen Politik

zurückzuführen. Unschienend soll die Handelspolitik eine Aenderung im russischen Sinne erfahren. — Zum Stabe der Armeedienstleistungen wurde der englische General Dalin kommandiert. An der Petersburger Front soll die Nordwestarmee westlich Kasanla eine kleine Fortschritt gemacht haben. Die Bolschewisten haben zum Flottenchef den Admiral Seltontsch ernannt, der früher ein bekannter Günstling des Zaren war.

**Finnland: General Mannerheim für den Vormarsch auf Petersburg.**

Der entente-freundliche General Mannerheim erklärt in einem offenen Brief an Präsident Stahlberg, daß Finnland Stunde gekommen sei, Petersburg zu nehmen und die Mächtige zu stützen. Die gesamte Kulturmenschen richte ihre Blicke auf Finnland und erwarte, daß die junge Nation durch eine mutige Tat die Wertschätzung aller Völker gewinne. — Es ist doch sehr zweifelhaft, ob ein finnischer Vormarsch auf Petersburg nach dem flüchtigen Rückzug der russischen Nordwestarmee unter Zuhilfenahme von Erfolg begleitet sein wird; es mühte denn der finnisch-russische Angriff auf Petersburg gleichzeitig einfallen. Hieran ist jedoch nach der Niederlage Judenitich kaum zu denken.

**Gerichtssaal.**

Die Verurteilung der Generalkriegskasse vor Gericht. Unter der Anklage, die Generalkriegskasse in Berlin beraubt zu haben, standen der Rellner Walter Müller und der vielfach vorbestrafte Händler Rudolf Herzog vor der Strafkammer des Landgerichts II in Berlin. Am 13. Februar sollten von der Generalkriegskasse die im ehemaligen besetzten französischen Gebiete geborgenen und gefundenen Werte, bestehend aus Bargeld, Wertpapieren, Wertfähen usw. zwecks Auslieferung an die französischen Eigentümer auf dem Anhalter Güterbahnhof in einem Waggon verladen werden.

Unter dem in Aktien und Renten verpackten Gut befand sich ein Beutel mit 118 000 Mark wertigen Geldes, das zum Teil aus Tausendmarktscheinen bestand. Dem Transport wurde ein Begleitkommando beigegeben. Seitens der Generalkriegskasse waren sechs Angestellte, die sich gegenständig abließen, mit der Aufsicht beim Verladen betraut, darunter befanden sich der Angeklagte Müller und der gleichfalls mitangeklagte, aber jetzt nicht auffindbare Schriftföher Georg Arnold. Nach Verabredung der beiden letztgenannten verstand es Müller, den Saak mit den 118 000 Mark unbemerkt verschwinden zu lassen.

Das ganze Geld wollen die Angeklagten in wenigen Wochen in Sektgelagen verjubelt haben. Bei Herzog wurden nur noch 4000 Mark vorgefunden. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus, Müller zu drei Jahren Gefängnis.

**Aus Stadt und Land.**

Aufhebung des Wiesbadener Oberbürgermeisters. Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen hat den Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden Dr. Gäßling seines Amtes entsetzt und ihn aus dem von den alliierten Armeen besetzten Gebiet ausgewiesen. Es wird Gäßling von französischer Seite als Schul zur Last gelegt, daß er durch schlechte Verwaltung und Unvorsichtigkeit viel zu der schlimmen Lage in der Kostenverföhrung Wiesbadens beigetragen habe. Außerdem soll er noch die französischen Behörden von dem Zustände, die die Tätigkeit der jetzigen Dienststellen und die öffentliche Ordnung hätten gefährden können, verspätet in Kenntnis gesetzt haben.

Geldverbräuche für mehrere Millionen Mark verbrannt. Ein Großfeuer hat die Kreisämter in Gehlhäusen eingeschert, in der die gesamten Geldverbräuche für die Verföhrung des Kreises Gehlhäusen lagerten. Auch einige Nachbargrundstücke, auf die das Feuer übergriff, sind niedergebrannt. Zwei Personen wurden schwer, mehrere weitere leicht verletzt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

Vor einem Proteststreik im Braunschweiger Gewerbe. Sämtliche Hotels, Cafes, Gastwirtschaften und Konditoreien werden nach einem einstimmigen Beschluß der Wirtschaftsbünde des Gastwirtschaftsverbandes an 1. Dezember einen Proteststreik in Stadt und Land Braunschweig geschlossen. Allen Angestellten in diesen Betrieben wurde bereits zum 1. Dezember gekündigt. Durch diesen Entschluß gelangt ein der Landesregierung in einer Protestversammlung der Gewerbeverbände vor einigen Wochen bereits in Aussicht gestellter Proteststreik zur Ausführung, der auf die unzulässigen Durchführungen der Wirtschaftsbünde und die Beschlagnahmen von Lebensmitteln und unzureichende Verlieferung des Gastwirtschaftsverbandes mit Lebensmitteln, sowie auch die Verletzung der Gastwirtschaft mit Geld- und Gefängnisstrafen wegen Schließens der Wirtschaftsbünde zurückzuführen ist. Die Lage des Braunschweiger Gastwirtschaftsverbandes hat noch durch eine gleichzeitige behördliche Maßnahme eine Verschärfung erfahren, bezugsweise die Gastwirtschaft in diesem Winter auf eine Befreiung mit Holzmaterial nicht rechnen können, weil nur die Privathaushaltungen versorgt werden.

Die Daffeldorfer Kunstakademie befragt am 1. November ihren 100. Jahrestag ihrer Wiedergründung durch Preußen. Seit einigen Tagen ist der Unterzahlmeister S. Thumehner, der Rassenverwalter der Daffeldorfer Polizeitruppe, nach Unterschlagung von 320 000 Mark verschwunden.

Das britische Gesundheitsamt teilt mit, daß sich an Bord eines britischen Dampfers, der in Londoner Hafen eintraf, acht Fälle von Diphtherie ereignet haben.

Anlaßlich der Annahme der Gesetzesvorlage zur Regelung der Durchführung des Alkoholverbotes durch den Kongreß sind in New York 600 bewaffnete Bundesbeamte in den Schauplatzorten der Stadt eingedrungen. Hierbei wurden zwei Bürger getötet und mehrere verwundet.

Die Zahl der gegenwärtig in Berlin wohnenden Russen wird auf 77 000 geschätzt, von denen nur ein kleiner Teil polizeilich angemeldet ist.

Bei einem Einbruch in die Diensträume der Schiffsahrtsabteilung beim Chef des Reichsbahnwesens in Berlin, sind den Dieben 200 000 Mark in die Hände gefallen.

Der Magistrat Berlin hat beschlossen, den Betrag von 500 000 Mark zur Gewährung von Wirtschaftsberechtigungen für heimkehrende Berliner Kriegsgesangene zu bewilligen.

**Letzte Nachrichten.**

**Die Streikbewegung in Amerika.**

Aus New York wird gemeldet, daß seit dem 15. Oktober infolge Hafenarbeiterstreiks keine Post von New York nach Europa abgegangen ist. 60 000 Poststücke und 11 000 Postpakete warten auf Beförderung. Im New Yorker Hafen liegen 76 Passagier- und 637 Frachtdampfer still.

**Die Pläne der Kommunisten.**

Berlin, 3. November. In einer Kommunistenversammlung in Potsdam teilte ein Redner mit, die Einstellung des Personenverkehrs vom 5. bis 15. November sei nur erfolgt, um den neuen Umsturz am 9. November unmöglich zu machen. Man sei jedoch auf diese Maßnahme bereits vorbereitet gewesen, und sie komme zu spät, um noch wirksam zu sein.

**Sächsisches.**

**Burgun.** Die Freimaurer-Loge Friedrich August zum treuen Bunde hier feierte unter Teilnahme vieler Bogen und des Landesgroßmeisters das Fest ihres einhundertjährigen Bestehens.

**Schönitz, 3. November.** Im Hause Mittelstraße 19 ereignete sich ein Familiendrama. Der 55-jährige Former August Bernhard Müller, dessen gleichaltrige Ehefrau und seine beiden Söhne im Alter von 16 und 13 Jahren wurden tot aufgefunden. Die Ursache war Gasvergiftung. Müller lebte mit seiner Ehefrau in Unfrieden und teilweise getrennt von ihr.

**Schöndl i. B.** Abbaubwürdige Zinnfunde wurden bei Anlage eines 250 Meter langen Stollens in der Nähe des Schneidensteines (zwischen Falkenstein und Schöndl) gemacht. Zur Förderung der gewonnenen Zinnerze wird elektrische Kraft verwendet.

**Ramouz.** Ein gemelter Streich wurde durch ein Inserat in einem hiesigen Blatte verübt. Das Inserat lautete wie folgt: Kartoffeln können nachgehakt werden. Rittergut Cammerdorf. Infolge des Inserats, das von einer unbekannt Person aufgegeben worden war, hatten sich in den frühen Morgenstunden nahezu 500 Männer, Frauen und Kinder auf einem Felde des Rittergutes eingefunden, um Kartoffeln nachzuhaken. Dieses wurde den Deuten vom Verwalter und Pächter untersagt. Ein großer Teil der Sammler ließ sich jedoch nicht abhalten, Kartoffeln einzusammeln, wobei es zu unangenehmen Austritten und schweren Bedrohungen kam. Der Pächter wurde insofern geschädigt, als er sein Abkleeungsfall von 80 Zentnern nicht erfüllen kann. Nachmittags erschienen Polizeibeamte, um das weitere Plündern des Feldes zu verhindern.

**Sachsen.** Die sächsischen Rörperschaften beschloßen eine abermalige Erhöhung der Sitzpreise um 25 Pf. auf 80 Pf. und eine Erhöhung der Gaspreise von 42 auf 50 Pf. für Leuchtgas und von 27 auf 40 Pf. für gewöhnliches Gas.

**Söben.** Der Stadtgemeinderat beschloß die Errichtung einer Einwohnerwehr von 100 Mann gegen eine tägliche Vergütung von 850 M. Die Sozialdemokraten stimmten geschlossen dagegen, die Festbesoldeten stimmten ihr nur unter der Bedingung zu, daß sich alle Kreise, Beamte wie Arbeiter und Geschäftskleute daran beteiligen.

**Kirchen-Nachrichten.**

Mittwoch, den 3. November 1919.  
**Aipsdorf.** Abends 8 Uhr Bibelbesprechstunde in der Schule: Hilsgesellschaft Müller.  
**Selkersdorf.** Abends 1/8 Uhr Andacht mit anschließendem Abendmahlsfeier.

Donnerstag, den 6. November 1919.  
**Dippoldiswalde.** Abends 8 Uhr Bibelstunde in der Superintendentur: Sup. Michael. (Zimmer: geheilt.)  
**Bärenfels.** Abends 8 Uhr Bibelbesprechstunde im Schwettersheim.

Morgen Mittwoch kommt auf Bahnhof Schmiedeberg eine Loci

**Speisemöhren Weißkraut und Rotkraut**

zum Verkauf. H. Hornei, Schmiedeberg.

**Armbanduhr** von Dippoldiswalde nach „Seebild“ am Sonntag verloren. Herrengasse 92, im Laden. Abzugeben gegen Belohnung

Für Beamten wird **möbl. Zimmer** mit Heizung und Verpflegung gesucht. Auskunft bei Schulhausmann Köhse.

**Tüchtige Möbelschler und Holzbildhauer,** auch Figuristen, zu Tariflöhnen für dauernde Beschäftigung sucht Albin Wray, Rummelstraße 1, Jena-Strada. An Bildhauer werden auch dauernde Heimarbeiten vergeben.

Gesucht wird für sofort oder 1. Januar ein kräftiges, besseres **Hausmädchen** für Haus- und Landwirtschaft. Restaurant Hirschbachmühle. Post Maxen.

Ein fast neuer, eiserner **Ofen** zu verkaufen bei Lindner, Freiburger Str. 238.

**Schäferhund** abhanden gekommen. Gegen Belohnung abzugeben Gut 78 Reinhardtsgymna.

**Alttertümliche** Verflüsteren, Häfel- und Strichdecken, Stammbüchern, Malereien, gestickte Teppiche jed. Größe lauft zu hohen Preisen. Architekt Korach, Dresden-V., Victoria-Strasse 8.

Gesucht für die Monate Dezbr. bis mit März **mittlere Wohnung.** Gest. Ang. m. Preis u. P. W. 046 Inwaldendank Dresden.

**Schlacht-pferde** lauft Hermann Scharf. Telefon 80. Im Notfalle sofort zur Stelle.

**Hädfel** empfiehlt Carl Oppelt, Telefon 162.

**Spazierstöcke** C. Kolchol, Markt 21.

**Scherben-Doktor!** Ist der beste Porzellan- und Glas-Art, bei Hermann Lommach, Drogerie zum Elefanten.

**Landwirtschaftlicher Hausfrauenverein.** Mittwoch abends 6 Uhr Monats-Versammlung im Café Schwarz.

Mittwoch 3 Uhr **Fleisch** 901-980. Wohlgeschlachtet P. Lieber.



**Gewerbeverein Dippoldiswalde.** Heute Dienstag den 4. November abends 8 Uhr in „Stadt Dresden“

**Haupt-Versammlung.** Die geehrten Mitglieder des Gewerbevereins und des Vereins für Handel und Gewerbe werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. Der Gesamtvorstand.

**Schützenhaus Dippoldiswalde.** Musik-Aufführungen

Mittwoch den 5. und Sonnabend den 8. November abends 8 Uhr. **Der Wein.** Ein Epos mit 8 Gesängen und einem Nebenpiel. Dichtung von Baumeister E. Otto Schmidt. In Musik gesetzt v. Kantor E. Schmidt. Eintritt 1,50 M. Vorverkauf bei Herrn Rothe, Kirchplatz. Nebenbeitrag zur Errichtung eines Denkmals für unsere gefallenen Krieger. **Tanz für die Konzertbesucher.**

Zu kaufen gesucht **Landgrundstück**

evtl. mit Landwirtschaft, bei beliebiger Anzählung, allein stehend, schöne Lage. Gest. Angeb. unt. P. B. 045 Inwaldendank Dresden.

Ein größerer Posten **Christbäume** zum Selbstschlagen zu kaufen gesucht. Bitte Offerten niederzulegen unter „C. 100“ in der Expedition dieser Zeitung.

**Pferde** jeden Schlages lauft, verkauft und tauscht ein unter Aecler Bedienung. P. Wolf, Dippoldiswalde, Fernsprecher Nr. 175.

**Dele Fette** Maschinen-Motoren-Drechselmaschinen-Zentrifugen-Nähmaschinen-Fußboden-Wagen-Straufer-Reder-Geschirre

**Treibriemenwachs** div. Artikel zur Saatbeize empfiehlt in prima Qualitäten **Hermann Lommach** Drogerie zum Elefanten.

Günstiges Angebot! **Nichttropfende heißdrehende Baum-Kerzen** Postpaket = 18 Kart. à 12 Stück 81.- M. **Haushalt-Kerzen** Postpaket = 10 Kart. à 10 Stück 65.- M. **Wander-Kerzen** erstmalig wieder im freien Handel. Postpaket = 60 Kartons = 25.- M. Probefendung enthält von jeder Sorte 1 Kart. = zusammen 12.- M. gegen Nachn. **Eistan-Lametta** 100 300 500 1000 Befese 20.-19.60 19.-18.- M. p. 100 **H. Br. Pietsch, Lauban.** Vertreter überall gesucht.

Zur Anfertigung allerhand **Spankörbe** empfiehlt sich bei mäßigen Preisen wie vor dem Kriege und bittet um gütige Berücksichtigung **Max Steinigen** Niederfrauendorf. Jeden **Korbmacherholz** (Hohl und Weide) lauft gegen gute Bezahlung d. D.

Am heutigen Tage habe ich mich in **Possendorf (Gasthof)** als **prakt. Tierarzt** niedergelassen. **Dr. Däßler.** Telefon 2795 (Amt Deuben).

**Armaturenwerke Blanke & Rast, Dippoldiswalde** laufen bei günstigen Bedingungen für Ostern 1920 **Lehrlinge** für Metalldreherei, Elenddreherei, Schlosserei, Werkzeugmacherei

**Schneeschuhe Rodelschlitten** empfiehlt **Carl Ritzsche**

Von heute ab stellen wir eine große Auswahl junge **Oldenburger Arbeits- und Wagenpferde,** leichten und schweren Schlages, darunter sichere Einspänner und Paare, zu billigen Preisen bei uns zum Verkauf. **Hainsberg. Emil Rästner & Co.**

**Gewöhnliche Boffertcreme gefrieret, verdorbt**

und durchstoset die Dosen. Verwendet daher nur **Dr. Genners reinen Delwalsederpuh**

**Nigrin**

Frostfester, hochglänzend, färbt auch bei Regen und Schnee nicht ab. Schwarz, braun, gelb, weiß. Nur hauchdünn mit Lappen auftragen.

Für die uns anlässlich unserer **Vermählung**

in so überaus reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir allen herzlichsten Dank.

[Büschmühle Schmiedeberg. **Max Krumpolt** und Frau Helene geb. Friedrich.

Für die uns bei **Ueberrahme des Fremdenhofes „Stadt Dresden“** und beim Einzuge in unser neues Heim teil gewordenen reichen Geschenke und Glückwünsche sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank. **Dippoldiswalde, 3. November 1919. Ernst Geride und Frau.**

Gottes Hand ruht schwer auf uns! **Blühlich und unerwartet** erhielten wir die tief-schmerzliche Nachricht, daß unser einziger, hoffnungsvoller Sohn, Bruder und Schwager, der **Hilfswächterwärtler**

**Otto Karl Schreiber**

Inh. d. Eisernen Kreuzes 2. Kl. in pflichttreuer Ausföhrung seines Dienstes am 2. Nov. früh 5 Uhr tödlich verunglückt ist. **Selkersdorf, am 3. November 1919.** Die tieftrauernde Familie **Heinrich Schreiber.** Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 1/4 4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Hierdurch herzlichsten Dank für die Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen

**Frau verw. Broke.** Familie B. Robis. Dippoldiswalde, den 3. November 1919.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Gattin und Mutter

**Anna Fischer**

sagen wir allen Geschwistern, Verwandten und Bekannten für den reichen Blumen-Schmuck sowie Wort und Schrift und für das zahlreiche Geleit zur letzten Ruhestätte unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank noch Herrn Superintendent für seine trostreichen Worte, Herrn Kantor Schmidt für den erhabenden Gesang, sowie Herrn Fabrikanten Louis Schmidt nebst Arbeiter-Schaft sowie auch selbiger von der Firma Gleich.

Die aber, liebe Mutter, ruhen wir ein „Ruhe lauft“ und „Gabe Dank“ in dein viel zu frühes Grab nach. **Dippoldiswalde, den 4. November 1919.** Der tieftrauernde Gatte **S. Fischer** nebst Tochter.

**Vereinsdrucksachen** liefert sauber Carl Jehne